

## Man kann nicht alles wissen ...

**ABZ Austria:** 1992 gegründete Non-Profit-Organisation mit derzeit rund 170 MitarbeiterInnen, die sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt engagieren. ABZ Austria versteht sich als Schnittstelle zwischen Frauen mit unterschiedlichen arbeitsmarktpolitischen Anliegen und Ansprechpersonen in Wirtschaft und Politik. Durch die Entwicklung und Durchführung von maßgeschneiderten Projekten und Maßnahmen sollen sowohl für die weiblichen Zielgruppen als auch für die Unternehmen nachhaltig wirksame Lösungen entstehen. (Seite 31)

**BildungsRahmenPlan:** 2009 erstellter bundesländerübergreifender Rahmenplan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich zur Sicherung der pädagogischen Qualität. Er definiert die Grundlagen elementarer Bildungsprozesse, unterstreicht den Grundsatz des lebenslangen Lernens und die Bedeutung elementarer Bildungseinrichtungen für den weiteren Bildungsweg. Aktuell hat sich die Regierung auf ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr geeinigt für jene, die es – nach einer Sprachstandsfeststellung – brauchen. Dafür wird ein neuer Bildungsrahmenplan erstellt, der dann verbindlich in allen elementaren Bildungseinrichtungen umgesetzt werden soll. (Seite 20)

**Bildungsstandards-Tests:** Vom Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (BIFIE) in regelmäßigen Abständen durchgeführte Überprüfungen der nationalen Bildungsstandards auf der 4. Schulstufe in Deutsch und Mathematik sowie auf der 8. Schulstufe in Deutsch, Mathematik und Englisch. Bei den 2017 durchgeführten Mathematik-Tests an AHS, NMS und Hauptschulen schnitten die SchülerInnen zwar besser ab als 2012, aber nach wie vor haben 15 Prozent Schwierigkeiten bei den einfachsten Aufgaben, erreichen also den Bildungsstandard nicht. (Seite 12)

**Chancen-Pass:** Laut aktueller Regierung soll in Zukunft bereits am Ende der dritten Klasse Volksschule ein standardisierter verbindlicher Talente-Check durchgeführt werden. Zu Beginn der 7. Schulstufe ist dann der sogenannte Chancen-Pass vorgesehen. Dabei wird die Prüfung der Bildungsstandards um einige Tests ergänzt, um die richtige Wahl des weiteren Bildungsweges zu unterstützen. (Seite 12)

**Demagogie:** Volksverführung, politische Hetze. (Seite 10)

**Elementare Bildungseinrichtungen:** Sammelbegriff für Bildungs- und Betreuungseinrichtungen vor dem Schuleintritt. Da hier bereits entscheidende Weichen für die zukünftige Bildungsbiografie gestellt werden, soll der Fokus von der Betreuung zur Bildung verschoben werden. (Seite 20)

**Europäische Elektronische Dienstleistungskarte:** Projekt der EU-Kommission, mit dem grenzübergreifende Geschäfte für DienstleisterInnen er-

leichtert werden sollen. Diese könnten an einer zentralen Stelle in ihrem Heimatland online ihre Qualifikation (etwa als ElektrikerIn oder InstallateurIn) nachweisen und dann ihre Dienste in anderen EU-Ländern anbieten bzw. dorthin den/einen Firmensitz verlegen. Nicht nur die Gewerkschaften kritisieren die Pläne, weil die Karte zu Sozialdumping inklusive Scheinselbstständigkeit und Scheinentsendungen führen würde. (Seite 37)

**Finanzausgleich:** regelt die Verteilung der Finanzmittel und der entsprechenden Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Er wird ungefähr alle vier bis sechs Jahre neu verhandelt. Mit dem Finanzausgleich für die Jahre 2017 bis 2021 wurden mehrere Reformen umgesetzt. (Seite 20)

**first academics:** Studierende, die in erster Generation, also als erste in ihrer Familie, eine Universität besuchen. (Seite 23)

**Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum:** Anfang der 1920er-Jahre organisierte der sozialistische geprägte Nationalökonom Otto Neurath gemeinsam mit dem Österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen eine Ausstellung, die zur Gründung des privaten Museums für Siedlungs- und Städtebau führte. Gemeinsam mit der Stadt Wien, der Arbeiterkammer und der Sozialversicherung entstand daraus 1925 das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum Wien. Das 1934 geschlossene und 1948 wiedereröffnete Museum hat sich zum Ziel gesetzt, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fakten sowie Entwicklungen einfach und verständlich darzustellen. Als gemeinnütziger, überparteilicher Verein hat es u. a. die Sozialpartner und die Österreichische Nationalbank als Mitglieder. Im Kuratorium sind die Republik Österreich und die Stadt Wien vertreten. Im Haus des Wirtschaftsmuseums befindet sich auch das Kaffeemuseum. [www.wirtschaftsmuseum.at](http://www.wirtschaftsmuseum.at) (Seite 4)

**Gründerzeit:** Im kultur- und architekturgeschichtlichen Zusammenhang wird der Begriff für die Zeit zwischen 1850 und 1914 verwendet, in der das Bürgertum die kulturelle Führung übernahm. In der Architektur wird der Stil der Gründerzeit auch als Historismus (Neobarock, Neoklassizismus etc.) bezeichnet. Neben Miethäusern in den Randbezirken für die rasant wachsende Stadtbevölkerung entstanden auch Prachtbauten der reichen Großbürger. An Stelle der Stadtmauer wurde die Ringstraße errichtet. Die Stadtbahn und der Gürtel entstanden. Die Wiener Gründerzeitviertel mit schätzungsweise 95.000 Wohnungen liegen vor allem entlang des Gürtels in den Bezirken 15 bis 18, aber auch im 3., 5., 10., 12., 20. und 21. Bezirk. (Seite 41)

**Hueber, Anton:** österreichischer SP-Politiker und Gewerkschafter (1861–1935), Mitbegründer und erster Vorsitzender des 1928 gebildeten Bundes Freier Gewerkschaften. (Seite 4)

**Kinderfreibetrag:** Der 2009 eingeführte Kinderfreibetrag wird im Rahmen der Veranlagung zur Einkommensteuer berücksichtigt. Im Gegensatz zum Kindergeld, das ausbezahlt wird, verringert er die steuerliche Bemessungsgrundlage. Eltern müssen sich entscheiden, ob sie lieber Kindergeld erhalten, oder der Freibetrag für sie günstiger ist. (Seite 14)

**kompetitiv:** im Wettbewerb stehend, Konkurrenz fördernd (Seite 23)

**Präambel:** Einleitung, Vorwort vor einem Vertrag, einer völkerrechtlichen Urkunde u. Ä. (Seite 20)

**Public Value:** Wertbeitrag und Nutzen, den eine Organisation für die Gesellschaft erbringt, Gemeinwohl, gesellschaftlicher Mehrwert öffentlicher Leistungen. (Seite 39)

**REFIT (Regulatory Fitness):** Ende 2012 von der EU-Kommission vorgestelltes Programm, das gewährleisten soll, dass EU-Rechtsvorschriften verständlicher gestaltet werden und den beabsichtigten Nutzen für die BürgerInnen, für Unternehmen und Gesellschaft bringen. Gleichzeitig sollen Kosten gesenkt und Bürokratie abgebaut werden. Von Beginn an engagierten sich AK und ÖGB dafür, dass diese Entbürokratisierung nicht auf Kosten von ArbeitnehmerInnenrechten geht. So waren unter dem Motto „Vorfahrt für KMU“ zahlreiche Deregulierungsmaßnahmen und Ausnahmeregelungen geplant, die in Österreich, wo 99,6 Prozent der Unternehmen laut EU-Definition zu den KMU zählen, so gut wie überall Geltung hätten. Um die Interessen von VerbraucherInnen, Beschäftigten, Umweltgruppen etc. besser vertreten zu können, haben mehr als 50 europäische Organisationen (darunter auch AK und ÖGB) die Plattform „Better Regulation Watchdog“ ins Leben gerufen. (Seite 37)

**Sicherheitsvertrauenspersonen (SVP):** Entsprechend geschulte ArbeitnehmerInnen, die Beschäftigte und Belegschaftsorgane in Fragen von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz informieren, beraten und unterstützen. Sie achten auf das Vorhandensein und die Anwendung von Schutzmaßnahmen und informieren ArbeitgeberInnen über bestehende Mängel. In Betrieben, in denen regelmäßig mehr als zehn ArbeitnehmerInnen beschäftigt sind, ist die Bestellung einer SVP verpflichtend. Strafbar ist die Nicht-Bestellung erst ab 50 Beschäftigten. (Seite 35)

**Stoiber, Edmund:** deutscher Jurist und CSU-Politiker, geb. 1941; 1993–2007 bayerischer Ministerpräsident, 2002 bei der Bundestagswahl Spitzenkandidat der CDU/CSU. Von 2007 bis 2014 ehrenamtlicher Leiter der EU-Arbeitsgruppe REFIT zum Abbau der Bürokratie. (Seite 37)

**Teamentaching:** Kooperative Lehrmethode, bei der zwei oder mehr Personen eine Gruppe bzw. Schulklasse unterrichten. (Seite 13)